

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

13.11.1928 (No. 266)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend
Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 3.25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf. — Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kasstentabell gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwanngewisser Beitreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Zulieferer keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralbelegregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Der Reichstag zum Arbeitskampf

Der Reichsarbeitsminister zur Lage

In der ersten Reichstagsitzung nach den Ferien am gestrigen Montag standen die Interpellationen und Anträge der Kommunisten, der Sozialdemokraten und des Zentrums zu der großen Aussperrung in der nordwestdeutschen Eisenindustrie auf der Tagesordnung.

Die Debatte wurde eingeleitet durch eine längere Rede des Reichsarbeitsministers Wilsch. Er machte zunächst Mitteilung von dem Urteil des Arbeitsgerichts Duisburg und erklärte dazu, er wolle dahin wirken, daß die endgültige Entscheidung durch das Arbeitsgericht möglichst schnell herbeigeführt werde. Der Minister schilderte dann die Entwicklung der Lohnstreitigkeiten in der nordwestdeutschen Hüttenindustrie und der ersten Schlichtungsverhandlungen. Die Unternehmer hätten also die Entlassung nicht durchführen dürfen, weil inzwischen schon wieder durch den Schiedspruch ein rechtmäßiger Tarifvertrag entstanden war. Die von der Arbeitgeberorganisation gegen die Rechtsgültigkeit des Schiedspruchs gemachten Einwände seien abgewieg. Der Minister lehnte es ab, von sich aus neue Vermittlungsversuche zu machen, denn er könne nicht die Hand dazu bieten, daß ein rechtmäßig zustandekommener Tarifvertrag durch eine unrechtmäßige Kampfhandlung der Arbeitgeber zugunsten der Arbeiter geändert wird. Der richtige Weg sei der, die Klärung der Rechtslage abzuwarten, aber inzwischen die Arbeiter wieder zu beschäftigen. Gegen die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung an die Ausgesperrten äußerte der Minister Bedenken. Es gehe nicht an, die Kosten einer solchen Kampfhandlung auf die Arbeitslosenunterstützung abzuwälzen. Hier müßten zunächst die Gemeinden mit Unterstützungen vorgehen, und die Reichsregierung wolle gemeinsam mit der preussischen Regierung den Gemeinden beistimmen.

Der kommunistische Abgeordnete Florin, der dann die Interpellation seiner Fraktion begründete, rief die Arbeiterschaft zum Kampfe gegen das Schlichtungswesen und gegen die „reformistischen“ Gewerkschaften auf. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Stegerwald verurteilte in scharfer Weise das Vorgehen der Unternehmer. Ein rechtsverbindlich erklärter Schiedspruch müsse die gleiche Autorität haben wie ein vollstreckbares Urteil, dem sich jeder zu fügen habe. Wenn das bestehende Recht dazu nicht ausreicht, müsse es durch ein Gesetzgeß verdrängt werden. Am heutigen Dienstag, 2 Uhr nachmittags, soll die Beratung weitergehen.

Die Zentrumsfraktion hat im Reichstag noch folgenden Antrag eingebracht, der ebenfalls in der heutigen Sitzung noch zur Erledigung kommen soll: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, schon jetzt durch eigene Initiative Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, einer Wiederholung von Auseinandersetzungen, wie sie in der nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie eingetreten sind, bei künftigen Ablauf von Tarifverträgen von ähnlicher Bedeutung vorzubeugen.“

W.D. Berlin, 13. Nov. (Tel.) Im Reichstag war der Dienstagvormittag wieder für Sitzungen der Fraktionen und der Ausschüsse vorbehalten.

Der Haushaltsauschuss trat zu seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause zusammen. Für ihn hat sich eine Menge Beratungsmaterial angeammelt, darunter wohl als wichtigstes die Hilfsanträge für die Grenzgebiete des Reichs. Der Ausschuss für Liquidationsschäden versammelte sich zur Besprechung über die Anhörung von Interessentenverbänden.

Als erste der Fraktionen trat um 11 Uhr die Bayerische Volkspartei zusammen. Für 12 Uhr haben die Deutsche Volkspartei und die Demokraten ihre Fraktionssitzungen einberufen, für 1 Uhr die Wirtschaftspartei.

Die Plenarsitzung des Reichstages, in der die Aussperrungsdebatte fortgesetzt wird, beginnt um 2 Uhr. Als erster steht der Sozialdemokrat Brandes auf der Rednerliste. Ihm werden die Vertreter der anderen Parteien nach der Fraktionsstärke folgen: Der Deutschnationale von Lindeiner-Wildau, Dr. Wolbenhauer (D. Vp.) und der demokratische Gewerkschaftsführer Schneider, Berlin.

Unmittelbar nach der Sitzung sollen noch zwei Ausschüsse neu gebildet werden, nämlich der Ausschuss für die Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms und der Untersuchungsausschuss für die Kriegsurkunden.

Gemeindevahlen in Mecklenburg

Am Sonntag haben in Mecklenburg-Schwerin, mit Ausnahme der amtsfreien Städte, die Wahlen zu den lokalen Selbstverwaltungskörpern stattgefunden. Nach den bisher vorliegenden vorläufigen Wahlergebnissen ist laut „Vof. Stg.“ keine wesentliche Verschiebung in der Mandatsverteilung eingetreten. Die Sozialdemokraten haben ihren starken Besitzstand erhalten, teilweise etwas erweitert. Auch die bürgerlichen Gruppen behaupteten sich. Dagegen werden die Kommunisten kaum die Hälfte ihrer Mandate erhalten.

Wahlrecht für die Deutschösterreicher. Die demokratische Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung ersucht, in Ergänzung des Reichswahlgesetzes einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den den im Reich ansässigen Männern und Frauen österreichischer Staatsangehörigkeit das Wahlrecht verliehen wird.

Herbert Gulenburg legt Berufung ein. Der Schriftsteller Herbert Gulenburg wurde wegen Verleumdung des Kammerherrn von Obenburg-Jannschau zu einer Geldstrafe von 200 M verurteilt. Gegen dieses Urteil hat der Rechtsbeistand des Verurteilten für seinen Mandanten Berufung eingelegt.

Letzte Nachrichten

Außenpolitische Debatte und Panzerkreuzer

W.D. Berlin, 13. Nov. (Tel.) Die ursprünglich für Donnerstag in Aussicht genommene große außenpolitische Aussprache im Reichstag ist wieder fraglich geworden. Über die Zweckmäßigkeit einer solchen Debatte im gegenwärtigen Augenblick bestehen zwischen den großen Parteien des Reichstages nämlich Meinungsverschiedenheiten. Infolgedessen wird sich das Reichskabinett in seiner heute Nachmittag stattfindenden Sitzung mit der Frage beschäftigen, ob diese vom Reichsaußenminister Stresemann gewünschte parlamentarische Aussprache doch stattfinden soll. Gleichzeitig wird sich das Kabinett auch darüber schlüssig werden, wie die Frage des Panzerkreuzerbaues parlamentarisch behandelt werden soll. Von dieser Besprechung innerhalb der Regierung wird es also abhängen, ob im Reichstag zunächst die außenpolitische Aussprache oder die über die Einstellung des Panzerkreuzerbaues stattfindet, oder ob die außenpolitische Debatte überhaupt unterbleibt.

Urteil im Prozeß Bergmann

W.D. Berlin, 13. Nov. In dem Lombardhausprozeß vor einer Sonderabteilung des Großen Schöffengerichts Berlin-Mitte wurde heute Vormittag das Urteil gesprochen. Das Gericht hielt den Hauptangeklagten Sally Paul Bergmann des fortgesetzten hohlenen und versuchten Betruges sowie des Kontursvergehens für schuldig und erkannte gegen ihn auf drei Jahre Gefängnis, fünf Jahre Ehrverlust und 30 000 Reichsmark Geldstrafe.

Das Gericht verurteilte weiter den Staatsanwaltschaftsrat Dr. Walter Jacoby I wegen Beihilfe zum Betrüge zu neun Monaten Gefängnis und zur Aberkennung der Fähigkeit, öffentlichen Amter zu bekleiden, auf die Dauer von fünf Jahren. Der Angeklagte Kraak erhielt zwei Monate Gefängnis und 3000 M Geldstrafe, Bruno Wustrow ein Jahr Gefängnis, Charlotte Wustrow neun Monate Gefängnis, Ludwig Ohnstein sechs Monate Gefängnis, Felix Salinger vier Monate Gefängnis und Willh. Warshawer neun Monate Gefängnis. Sämtlichen Angeklagten wurde die Unteruchungshaft in voller Höhe angedreht. Die beiden Angeklagten Lederer und Schmidt wurden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Chamberlain über Genf und Locarno

W.D. Ottawa, 12. Nov. (Tel.) Sir Austen Chamberlain hielt heute im Kanadischen Klub eine Rede, in der er mit Nachdruck für Zusammenarbeit der überseeischen Dominionen mit dem Mutterlande bei der Förderung dauernden Friedens und dauernder Sicherheit in der Welt eintrat. Den Hauptteil seiner Rede widmete er einer Übersicht über die britische Außenpolitik nach dem Kriege, deren zentraler Gedanke die Förderung des Friedens, der Harmonie und der Sicherheit unter den Nationen der Welt gewesen sei. Die britische Regierung — so führte Chamberlain aus — konnte dem Gedanken nicht zustimmen, den Völkerbund in eine Art von Überstaat umzuwandeln, der die souveränen Rechte anderer Staaten einschränkte. Statt dessen wurde eine Anregung von Herrn Dr. Stresemann für einen gegenseitigen Pakt aufgenommen, die zu der Locarno-Konferenz und dem Locarno-Vertrag führte. Wir kamen auf dem Fuß der Gleichberechtigung zusammen, die bald den Charakter der Freundschaft erhielt, und haben als freie Männer mit freiem Willen und nicht unter Zwang einen neuen Pakt der Sicherheit geschlossen, der die Gefühle Europas verändert und eine wirkliche Ära des Friedens eröffnet hat.

Die Vereinigten Staaten und Sowjetrußland

W.D. Washington, 13. Nov. (Tel.) „Daily News“ bezeichnet es als außerordentlich bemerkenswert, daß im Augenblick, wo Hoover sich für seine Südamerikareise rüstet, um den Löwenanteil des dortigen Außenhandels nach den Vereinigten Staaten zu lenken, sein intimer Freund Charles Dawes, bis vor kurzem Abteilungsdirektor im Schatzamt, jetzt Finanzberater Polens, leise und inoffiziell nach Moskau fährt. Dies sei um so interessanter, als bekanntlich die Frage der Anerkennung Rußlands ernstlich erwogen werde. Aufgabe Dawes sei es, eine genaue Untersuchung der Lage in Rußland vorzunehmen, insbesondere die Stabilität des Sowjetregimes, die Möglichkeiten fremder Kapitalanlagen sowie Rußlands Einstellung zur Frage der Schuldenregelung sowie zu der bisher hier so gefürchteten Frage der kommunistischen Propaganda im Ausland zu studieren. Die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland werde je nach Rußlands gegenwärtigem Verhalten innerhalb der nächsten zwei Jahre erfolgen, oder sich noch lange hinausziehen, denn eine Änderung der bisherigen amerikanischen Außenpolitik sei unter Hoover nicht zu erwarten, und Hoover werde wahrscheinlich nicht vier, sondern acht Jahre den Präsidentenstuhl innehaben. Der kürzlich gegebene Millionenkredit der Generale Electric Co. an die russische Regierung zeige deutlich, wie hier der Wind wehe.

Lord Cusheendun erkrankt. Der stellvertretende englische Staatssekretär des Äußern, Lord Cusheendun, muß wegen einer Infuzenza das Bett hüten. Infolgedessen hat Lord Parmoor, der heute im Oberhaus eine außenpolitische Debatte eröffnen wollte, seine Absicht aufgeschoben.

Bedeutung des Schlichtungswesens für die deutsche Volkswirtschaft

Durch Streiks und Aussperrungen werden dem Wirtschaftsleben alljährlich beträchtliche Schäden zugefügt, von denen die nichtbetroffenen Bevölkerungskreise in der Regel keine Ahnung haben. Das Ideal jeder Volkswirtschaft muß es sein, Zahl und Dauer der Arbeitskämpfe auf ein Mindestmaß zu beschränken. Streiks und Aussperrungen sollten als äußerstes Mittel zur Austragung von Interessengegensätzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nur dann in Anwendung kommen, wenn auf anderem Wege eine Verständigung nicht möglich ist. Wenn auch in erster Linie die Parteien selbst schwer geschädigt werden, letzten Endes ist es doch die Allgemeinheit, welche die Kosten der Arbeitskämpfe durch Schwächung der Kaufkraft der betroffenen Arbeitnehmer, durch erhöhte Fürsorgelasten usw. zu tragen hat. Erfreulicherweise ist die Zahl der Arbeitskämpfe in den letzten zwei Jahren erheblich zurückgegangen, wozu das Schlichtungswesen trotz seiner Mängel nicht unwesentlich beigetragen hat.

In der ersten Zeit nach dem Kriege, als noch die politischen Arbeitskämpfe vorherrschten, wurde eine beträchtliche Zahl von Arbeitstagen durch Streiks und Aussperrungen verloren. Im Jahre 1920 betrug die Zahl der Arbeitskämpfe 8890; daran waren 8 324 000 Arbeitnehmer beteiligt, und die Wirtschaft verlor insgesamt die gewaltige Summe von 54,2 Millionen Arbeitstagen. Diese Zahlen verminderten sich in den folgenden Jahren. Im Jahre 1924 wurden aber immer noch 2012 Arbeitskämpfe ausgetragen, die mit dem Verlust von 35 Millionen Arbeitstagen durch die Beteiligung von 1 634 000 Arbeitnehmern endeten. Von diesen Verlusten entfielen 22 Millionen Arbeitstage auf Aussperrungen und 13 Millionen auf Streiks.

Erst 1925 war ein merklicher Rückgang zu verzeichnen. An 1766 Aussperrungen und Streiks waren nur 758 000 Arbeitnehmer beteiligt mit 16,8 Millionen Arbeitstagen. Das Jahr 1926 kann man als ausgesprochenes Friedensjahr in der Geschichte der Arbeitskämpfe ansprechen, denn es wurden nur 365 Kämpfe mit 91 000 Arbeitnehmern geführt und gingen nur 1,4 Millionen Arbeitstage verloren. Diese Zahlen beweisen, wie sich die wirtschaftliche Einsicht allmählich auf beiden Vertragsseiten durchgesetzt und das Schlichtungswesen an Bedeutung zugenommen hat.

Das Wirtschaftsjahr 1927 brachte, wie einer Darstellung „über Streiks und Aussperrungen im Deutschen Reich 1927“ in „Wirtschaft und Statistik“ (Jahrg. 1928, S. 7) zu entnehmen ist, einen kleinen Rückschlag. Die Inlandskonjunktur, durch die ausländischen Kredite angeregt, stellte weit über einundneinhalb Millionen Arbeitstage wieder in die nationale Produktion ein. Während viele Unternehmer mit Hilfe einer nicht immer glücklichen Preispolitik versuchten, Verluste der Vorjahre wieder abzubeden, stellten die Gewerkschaften auf der anderen Seite ihre Lohnpolitik auf die günstige Arbeitskonjunktur ein. Die Arbeiter, die viele Monate lang arbeitslos gewesen waren, drängten natürlich nach höheren Löhnen, um den Lohnausfall der Arbeitslosenzeit teilweise wieder einzuholen. Dadurch stieg die Zahl der Arbeitsfreitigkeiten. An der Spitze der Kämpfe des Jahres 1927 steht die fünfwöchige Aussperrung in der Krefelder Textilindustrie, die ohne Hochkonjunktur sondersgleich zu verzeichnen hatte und Lohnherabsetzungen vornehmen wollte. Die Aussperrung endigte aber überraschenderweise mit einer Lohnerhöhung in freier Vereinbarung. Hervorzuheben ist sodann der große Kampf im mitteldeutschen Braunkohlenbezirk und die Kiesenaussperrung in der Zigarettenindustrie. Obwohl es hier ziemlich hart auf hart ging und starke Störungen im Wirtschaftsleben hervorgerufen wurden, blieb die Zahl der Arbeitskämpfe doch weit hinter den ersten Nachkriegsjahren zurück. Von den 674 Streiks wurden 6924 Betriebe betroffen mit 182 000 Arbeitnehmern. An den 96 Aussperrungen beteiligten sich 1918 Betriebe mit 213 398 Arbeitern. Bei den Streiks wurden 2,4 Millionen, bei den Aussperrungen 2,3 Millionen Arbeitstage verloren. Die Hauptursache der Arbeitskämpfe waren wieder Lohnstreitigkeiten; in zweiter Linie war es der Kampf um die Arbeitszeit, der zu Konflikten führte.

Das Jahr 1928 dürfte ein etwas ungünstigeres Ergebnis aufweisen als das Vorjahr. Es fanden bisher schon

große Streiks und Aussperrungen im mitteldeutschen Industriegebiet, der Streik der Werkzeugmacher in Berlin und zahlreiche Teilstreiks und Aussperrungen in verschiedenen Gebieten Deutschlands statt. Aus der letzten Zeit sind besonders zu erwähnen die heftigen Lohnkämpfe in der rheinisch-westfälischen Textilindustrie, in der nordwestlichen Gruppe der Metallindustrie, die Streiks der Werftarbeiter und der Bergarbeiter im Waldenburger Gebiet. Der im Frühjahr drohende Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet ist glücklicherweise durch Verbindlichkeitsklärung vermieden worden.

Für England wurden die durch die Arbeitskämpfe in der Zeit von 1920 bis 1926 entstandenen Verluste von einem Führer der Arbeiterpartei auf 20 Milliarden Goldmark berechnet.

Wenn die deutsche Wirtschaft und das soziale Leben von großen und lange währenden Streiks und Aussperrungen in den letzten Jahren im großen und ganzen verschont geblieben, so ist das ein Hauptverdienst der Schlichtungsbehörden, welche nach verhältnismäßig kurzer Zeit oder schon vor Ausbruch eines Arbeitskampfes eingegriffen haben. Das Schlichtungsverfahren dient also in hervorragendem Maße dem sozialen Frieden. Und trotzdem hat es in der letzten Zeit eine sehr vielgestaltige Kritik erfahren. Die einen sehen in ihm eine wirtschaftsfremde Zwangsmassnahme, ein sogenanntes Halbierungsinstitut, das mit schuld ist an der schweren Krise unserer Wirtschaft, die anderen halten es für ein kraftloses, daher unrichtiges Mittel öffentlicher Sozialpolitik. Wieder andere anerkennen die Einhaltung des richtigen Weges zwischen staatlicher Bevormundung und Verbandsfreiheit auf dem weiten Felde arbeitsrechtlicher Beziehungen (Oberbairische Handels- und Wirtschaftsbeilage der „Freiburger Zeitung“ Nr. 165 vom 17. Juni 1928).

Wenn man jedoch den Verlauf der Arbeitskämpfe in den letzten Jahren überblickt und unparteiisch urteilt, so muß man sagen, daß die Schlichtungsbehörden sich als eine segensreiche Einrichtung erwiesen und mit Erfolg den Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer bei der Austragung ihrer Arbeitskämpfe beigegeben haben. Damit ist ein Weg geebnet für die großen und gemeinsam zu lösenden Fragen zwischen Kapital und Arbeit, für die von Arbeitgeber und Arbeitnehmer in beiderseitigem Interesse, sowie für die schwerringende deutsche Volkswirtschaft zu leistende Aufbauarbeit. Die Arbeitgeber wenden sich insbesondere gegen die Verbindlichkeitsklärung der Entscheidungen der Schlichtungsbehörden, wenn der Reichsarbeitsminister es im allgemeinen politischen oder sozialen Interesse für notwendig erachtet, während die Arbeiterschaft einen weiteren Ausbau des Schlichtungsverfahrens verlangt.

Kapital und Arbeit sind aufeinander angewiesen, und es ist ein Ausgleich zwischen beiden erforderlich. Der Staat muß an diesem Ausgleich mitwirken und darf nicht wie in der Vorkriegszeit den Arbeitskämpfen tatenlos zusehen. Das staatliche Schlichtungswesen hat seine große Bedeutung für das Wirtschaftsleben und das Allgemeinwohl bewiesen und kann nicht mehr entbehrt werden. Nicht zu verkennen ist allerdings, daß die bisherige Praxis durch die Verbindlichkeitsklärung zur Vernichtung der Verantwortlichkeit der Tarifparteien geführt hat und dadurch eine Gefahr für den sozialen Frieden heraufbeschworen wird. Zur Beseitigung dieses Mangels ist ein weiterer Ausbau des Schlichtungswesens notwendig und die Reichsregierung zur Abhilfe bereit. Die Tatsache steht aber fest, daß der Gedanke der friedlichen Austragung von Arbeitsstreitigkeiten immer mehr an Boden gewinnt und Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften bestrebt sind, durch Tarifabreden und Schlichtungsverfahren Streiks und Aussperrungen möglichst zu vermeiden. Direktor Ehrler, Freiburg i. Br.

Die Volkspartei für eine Wehrheitsregierung
Die „Nationalliberale Korrespondenz“, das Sprachrohr der Deutschen Volkspartei, schreibt in einer Vorstudie auf die Tagung der Partei:

„Die Reparationsfrage ist nicht nur das Schicksal des Deutschlands von heute, sondern auch das unserer Kinder und Enkel, ja vielleicht unserer Urenkel. Ihr gebührt darum der Vorrang vor allen anderen Fragen, mögen sie noch so wichtig sein und uns noch so sehr bedrücken. Es geht um die endgültige Lösung der Reparationsfrage und die endgültige Festsetzung der deutschen Reparationslast!“

Deutschland steht an einer Schicksalschwende und bedarf einer großen, sich ihrer entscheidenden Aufgaben voll bewußter Regierung. Es genügt nicht, daß die Entschlüsse dieser Regierung von einigen Parteien getragen werden; hinter dieser Regierung muß die Autorität einer Koalition stehen, die sich auf eine unbedingt feste Mehrheit im Parlament und im deutschen Volke stützen kann. Damit ist das Ziel der kommenden Koalitionsverhandlungen, sachlich gesehen, mindestens ebenso bestimmt, wie durch den Ausfall der Wahlen. Eine Minderheitsregierung kann uns nicht helfen. Wir bedürfen einer entschlußfähigen Wehrheitsregierung, einer starken und verantwortungsbewußten Regierung!

Wenn der deutsche Parlamentarismus sie nicht schaffen kann, verdient er jede Kritik, die an ihm geübt wird.“

10jähriges Amtsjubiläum des Ministerpräsidenten Braun. Anlässlich der 10. Wiederkehr des Tages, an dem der preussische Ministerpräsident Dr. Braun in das Staatsministerium eingetreten ist, versammelten sich Montag mittag in Berlin die Beamten und Angestellten des Staatsministeriums, um ihn zu beglückwünschen. Im Anschluß an diese Feier brachten die preussischen Staatsminister und Staatssekretäre dem Ministerpräsidenten ihre Glückwünsche dar. Staatsminister Girtler überreichte eine Kasse von der Staatlichen Porzellanmanufaktur in Berlin. Namens der Reichsregierung überfandte Reichszentraler Müller durch Staatssekretär Pinder dem Ministerpräsidenten Glückwünsche. Weiterhin richtete der Reichsrat an den Ministerpräsidenten eine Glückwunschkarte.

Der Arbeitskampf im Rheinland

Der Schiedsspruch ungültig

Das Arbeitsgericht Duisburg hat der Klage der Arbeitgeber der rheinischen Eisenindustrie stattgegeben und durch sein Urteil entschieden, daß auf Grund des Schiedsspruchs kein Tarifvertrag bestünde. Der Spruch lautet: „Es wird festgestellt, daß ein Tarifvertrag auf Grund des gefällten Schiedsspruchs vom 26. Oktober nicht besteht. Die Kosten des Verfahrens, die 500 RM betragen, nachdem als Wertobjekt eine Million eingeseht worden war, haben die Beklagten zu tragen.“ Materiell ist das Gericht der Ansicht, daß die Feststellungsfrage begründet sei. Es war auch der Ansicht, daß für ein Schlichtungsverfahren kein Raum war, weil es in einen laufenden Tarifvertrag eingreift. Es stellt ferner fest, daß auch in formeller Hinsicht ein Mangel des Schiedsspruchs vorliegt.

Danach haben also die Arbeitgeber in erster Instanz obgesiegt und der Schiedsspruch ist für ungültig erklärt worden. Die drei Metallarbeiterverbände haben an ihre Mitglieder einen Aufruf gerichtet, in dem es heißt: „Das Arbeitsgericht Duisburg hat dem Antrag des Arbeitgeberverbandes, daß der Schiedsspruch vom 26. Oktober rechtsungültig sei, stattgegeben. Die drei Metallarbeiterverbände betrachten dieses Urteil als ein Fehlurteil und werden den Rechtsweg bis zum Reichsarbeitsgericht durchsetzen. Das Urteil ändert an der gegenwärtigen Lage nichts.“

Wie der „Vorwärts“ meldet, werden die Gewerkschaften sofort nach Zustellung des Urteils zu der Frage Stellung nehmen, ob gegen die Entscheidung des Duisburger Arbeitsgerichts Berufung beim Landesarbeitsgericht oder Sprungrevision (d. h. Überspringung des Landesarbeitsgerichts als zweite Instanz) beim Reichsarbeitsgericht eingelegt werden soll.

Die Vermittlung beginnt

In einer Unterredung teilte Regierungspräsident Bergemann, Düsseldorf, mit, daß die Parteien bereits zugestimmt haben, an der von ihm angeregten Aussprache teilzunehmen. Aus Zweckmäßigkeitsgründen halte er es nicht für ratsam, schon jetzt Mitteilungen über seine Verständigungsvorschläge zu machen, bevor seine Sondierungen bei den Parteien Möglichkeiten für eine Verhandlungsbasis ergeben hätten. Lediglich aus Gründen des Verantwortungsbewußtseins gegenüber der Bevölkerung seines Regierungsbezirks, eines der größten Industriezentren des Reiches, und gegenüber der Gesamtwirtschaft habe er sich zu einer Vermittlungsaktion entschlossen. Die Entwicklung in seinem Verwaltungsbezirk mit zur Zeit 140 000 Aussperrten treibe bei längerer Dauer des sozialen Kampfes unumgänglich zur Katastrophe.

Die Arbeitgeber der nordwestlichen Gruppe haben in der Vorbesprechung ihre grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft erklärt.

In Gelsenkirchen und Duisburg kam es am Montag zu großen Demonstrationen; in Duisburg hatten die Kommunisten die Leitung.

W.D. Düsseldorf, 13. Nov. (Tel.) Die Verhandlungen des Regierungspräsidenten Bergemann, der einen Schritt zur Beilegung des Eisenkonflikts unternommen hat, haben jedoch mit den Arbeitgebern begonnen. Die Arbeitnehmer sind vor den Regierungspräsidenten für heute Nachmittag geladen worden.

Ein Hilsegeheuch aus Hamburg

W.D. Hamburg, 13. Nov. (Tel.) Die Stadtverordnetenversammlung und die Stadtverwaltung haben beschlossen, sich telegraphisch an die preussische Staatsregierung und die Reichsregierung zu wenden und um sofortige Überweisung ausreichender Mittel zur Unterstützung der durch die Aussperrung in Not geratenen Familien zu bitten, da das städtische Wohlfahrtsamt hierzu nicht in der Lage sei.

Beamtenvertretungen in der preussischen Schutzpolizei. Dem Amtlichen Preussischen Pressedienst zufolge, beabsichtigt der Minister des Innern, neue Bestimmungen für die Beamtenvertretungen in der Schutzpolizei zu erlassen. Neuwahlen für die Beamtenausschüsse der Schutzpolizei sind daher nicht vorzunehmen, vielmehr haben die bisherigen Beamtenausschüsse ihr Amt weiter zu versehen.

Strafantrag gegen den Lehrer Denhardt. Nach einer Meldung der „Deutschen Tageszeitung“ aus Halle hat der preussische Ministerpräsident bei der Oberstaatsanwaltschaft Halle gegen den wegen republikfeindlicher Äußerungen vom Amte suspendierten Lehrer Denhardt Strafantrag wegen Verleumdung des Regierungspräsidenten Grünberg in Merseburg und des halleischen Polizeipräsidenten gestellt.

„Betriebsanwalt“ Winter aus der Haft entlassen. Der wegen Betrugs zu 15 Monaten Gefängnis und 20 000 RM Geldstrafe verurteilte „Betriebsanwalt“ Gustav Winter in Leipzig war wegen Verdunkelungsgefahr sofort verhaftet worden. Auf die Haftbeschwerde seines Verteidigers kam die Erste Strafkammer des Leipziger Landgerichts zu der Überzeugung, daß Verdunkelungsgefahr nicht vorliege. Winter wurde sofort aus der Haft entlassen.

Zusammenlegung der deutschen Zeitungen in Nordschleswig. Am 1. Februar 1929 wird eine Zusammenlegung der in Nordschleswig bestehenden deutschen Zeitungen zu einem gemeinsamen Organ erfolgen. Diese deutsche Einheitszeitung, die in **Wenrad** herausgegeben wird, wird den Namen **„Nordschleswigsche Zeitung“** führen.

Zum Fall Dr. Ross. Dr. Ross wurde ins Straßburger Untersuchungsgefängnis abgeführt. Seine Überführung soll demnächst nach Colmar erfolgen. Nach dem „Eiffeler Kurier“ wird der neue Komplotzprozess, bei welchem Dr. Ross allein auf der Anklagebank sitzen wird, in der ersten oder zweiten Woche des Januar zur Verhandlung gelangen.

Der erste Kabinettsrat der neuen französischen Regierung. Der Kabinettsrat hat am Montagnachmittag getagt. Er beschäftigte sich u. a. mit der Ausarbeitung des Regierungsprogramms, über dessen Grundlinien man sich verständigt hat. Nach neuer Beratung am morgigen Mittwoch wird die endgültige Fassung der Regierungserklärung in einem für Donnerstag vormittag anberaumten Ministerrat festgelegt werden. Die Verlesung vor dem Parlament erfolgt Donnerstag nachmittag.

Ein Dampfer an der amerikanischen Küste gestrandet

W.D. Norfolk (Virginia), 13. Nov. (Tel.) Ein Funkpruch der Rettungsstation am Kap Halse beim Kap Hatteras meldet, ein unbekannter Dampfer sei in der Nähe gestrandet. Der Kapitän „Rodoc“, der zur Rettung der Schiffbrüchigen der „Vestris“ ausgesandt worden war, erhielt Befehl, zurückzukehren, um dem gestrandeten Dampfer Hilfe zu bringen.

Der Vulkanausbruch im Erlöschen?

W.D. Catania, 13. Nov. (Tel.) Nach einem Bericht des Instituts für Vulkanologie ist bei einer Besichtigung des Eruptiongebietes am gestrigen Nachmittag festgestellt worden, daß eine beträchtliche Senkung des Kraterneubes eingetreten ist. Auch die Vorwärtswegung der Lavaströme hat sich merklich verlangsamt. Gegenwärtig scheint die Gefahr vorüber zu sein, und man rechnet damit, daß die Ausbruchstätigkeit binnen kurzem ihr endgültiges Ende erreicht.

Republikfeier im österreichischen Nationalrat

Der österreichische Nationalrat hielt Montag mittag anlässlich der Zehnjährfeier der Republik eine Festigung ab. Präsident Miklas hielt eine feierliche Ansprache, in der er zunächst einen Rückblick auf die Umsturztag warf und die Rolle der Volksvertretung kennzeichnete. Mit dem Friedensvertrag mußte auch der Teil des Staatsgrundgesetzes fallen, der die Österreichische Republik als Bestandteil der Deutschen Republik erklärte. Er bleibt eine fürchtbare Deklaration. Der Präsident schilderte sodann die fürchtbare Notlage des Volkes und die mühsame Wiederaufbauarbeit. Die Festtage dieses Sommers haben uns auch den klaren, reinen Zusammenklang unserer Herzen mit denen unserer Brüder im Deutschen Reich und überall sonst in der Welt gezeigt, wo deutsche Mutterlaute erklingen. Wenn uns auch Grenzspalte trennen, wir gehörten doch alle zusammen zu einem Volke. Unser Volk, das vor 10 Jahren in diesem Reichstage Herr seines eigenen Schicksals geworden ist, keinem jüdischen Herrscher mehr untertan, nur Gott allein und sich selbst verantwortlich, mag, einer gültigen Vorlesung vertrauend, sonnigeren Tagen entgegengehen. Der Präsident brachte ein dreifaches Hoch auf die Republik und das österreichische Volk aus, in das die Versammlung, die sich bei seinen Schlussworten erhoben hatte, begeistert einstimmte.

Am Nachmittag fand ein großer Empfang beim Bundespräsidenten statt, zu dem sich die Parlamentarier, die Diplomaten und hohen Beamten vollständig eingefunden hatten. Beim Empfang der Mitglieder der Bundesregierung hielt Bundeskanzler Dr. Seipel eine Ansprache, in der er u. a. erklärte, er könne nicht verschweigen, daß es gut sein werde, sich in absehbarer Zeit mit dem Gedanken an gewisse Änderungen der Verfassungsgrundlagen zu befassen im Interesse einer Befestigung des Vertrauens aller zu einander, insbesondere des Volkes zu den Organen der Demokratie und damit in letzter Linie zum Staate selbst. Bezüglich der Außenpolitik verwies der Bundeskanzler auf den ohne praktische Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes von den Siegern zugeteilten allzu beengten Lebens- und Wirtschaftsraum des österreichischen Volkes. „Im Rahmen des Völkerbundes, dessen entscheidenden Bestand Österreich erfahren hat, nimmt unser Staat einen ehrenvollen Platz unter den übrigen Staaten Europas ein. Mit ihnen zusammen, allen voran mit dem Deutschen Reich, dessen Bewohnern wir durch die Bande des Blutes, der Sprache und der Geschichte so innig verbunden sind, arbeiten wir gemeinsam an der Vindicierung der Leiden unseres Erdteils und an dem Ausbau eines friedlichen Europa.“

Bundespräsident Dr. Gainschitz warf einen Rückblick auf die Zeit seiner Amtstätigkeit. Der Bundespräsident betonte, daß die österreichische Wirtschaft noch immer nicht vollständig saniert sei. Unter solchen Umständen ercheine es ihm selbstverständlich, daß Österreich nach einem **Anschluß an ein größeres Wirtschaftsgebiet** streben oder mindestens verlangen müsse, daß die Rölle der benachbarten Staaten weitest gehend herabgesetzt werden.

In Wien enthielten am Montagmorgen die Sozialdemokraten ein **Denkmal der Republik**, das, neben dem Parlament errichtet, dem Andenken der sozialistischen Führer Viktor Adler, Ferdinand Hanusch und Jakob Reumann gewidmet ist. An die Enthüllung schloß sich der Vorbeimarsch der Schutzbandteilungen und der Wiener sozialdemokratischen Parteiorganisationen. Der Zug wird auf 250 000 Köpfe geschätzt. Nach der Feier kam es zu kleineren Zusammenstößen.

In Innsbruck wurden der Anmarsch der Heimwehr und die sozialdemokratische Kundgebung anfangslos nebeneinander abgehalten. Von kleineren Vorkereien abgesehen, entwickelte sich der Anmarsch der Heimwehr zu einer starken Kundgebung. Es waren ungefähr 20 000 Teilnehmer.

Schiffungslud auf dem Atlantik

Der Dampfer „Vestris“, mit 140 Passagieren und 210 Mann Besatzung an Bord, geriet auf der Fahrt von New York nach Barbados und den südamerikanischen Häfen 300 Meilen von der amerikanischen Küste in Seenot. Mehrere Dampfer keilten dem sinkenden Schiff zu Hilfe. Passagiere und Mannschaft mußten das Boot auf Rettungsboote verlassen.

W.D. New York, 13. Nov. (Tel.) Ein hier eingetroffener Funkpruch besagt, daß ein amerikanischer Dampfer Rettungsboote des gesunkenen Dampfers „Vestris“ aufgefunden hat und mit der Übernahme der Insassen beschäftigt ist. Nähere Einzelheiten fehlen noch. Nach einem weiteren Funkpruch sind bisher zwei Boote geborgen. Die Dampfer, die das Meer mit Scheinwerfern abfuhren, berichten über starken Wind bei hohem Seegang. In der Passagierliste des gesunkenen Schiffes ist ein Reichsdeutscher, Hermann Küdert, jedoch ohne Nennung des Heimortes.

W.D. New York, 13. Nov. (Tel.) Der Dampfer „Berlin“ und weitere acht Schiffe befinden sich jetzt in der Nähe der Stelle, an der nach den letzten Berichten der Dampfer „Vestris“ gesunken ist. Wie der Dampfer „Berlin“ funkt, befragt er sich nach der Stelle, die das amerikanische und das französische Schiff, die die beiden Rettungsboote der „Vestris“ aufgenommen haben, angeben.

Aus der Landeshauptstadt

Gheimrat Dr. Ludwig Klein 7. Im Alter von 71 Jahren ist Geh. Hofrat Ludwig Klein, ehemaliger Professor an der Technischen Hochschule, gestorben. Prof. Dr. Klein ist einer der bedeutendsten Forscher der Botanik und war einer der geschäftigsten akademischen Lehrer der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Babische Landestheater. Eine Wiederholung der Oper „Die heilige Ente“ von Gal, soll am Mittwoch, den 14. November, stattfinden. Es soll gleich darauf aufmerksam gemacht sein, daß dies die letzte Aufführung dieses Werkes in nächster Zeit ist. Am Sonntag, den 18. November, wird die Meyerbeerische Oper „Die Africana“ in Szene gehen. Die Neueinstudierung leitet Oberregisseur Otto Krauß von dem Gesichtspunkt aus, durch wirksame Bühnenbilder und Balletts dem Begriff der „großen Oper“ in ihrer Entstehungszeit gerecht zu werden. Die musikalische Leitung führt Rudolf Schwarz.

Wetternachrichtendienst der Babischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Die Warmluftmassen auf der Vorderseite der großen Isandrykone haben nunmehr ganz Deutschland überzogen. Nur in der Rheinebene liegen noch Kaltluftreste, in denen es heute früh zu starker Nebelbildung kam; der Hochschwarzwald ragt bereits in die wärmeren Schichten und hat heiteres Wetter. Da die Warmluftzufuhr anhalten wird, wird es auch bei uns in tieferen Lagen allmählich milder werden. Wetterausflüßer für Mittwoch; Zeitweise wolfig, mild, bei südwestlichen Winden vorwiegend trocken.

Rechtsverhältnisse in Italien

W. A. In der „Neuen Zürcher Zeitung“ Nr. 1504 vom 11. August 1928 finden sich über die Rechtsverhältnisse in Italien folgende Ausführungen, die auch für deutsche Handelsbeziehungen von erheblichem Interesse sein dürften:

Wer mit dem Ausland verkehrt, dorthin Lieferungen macht und Guthaben besitzt, sollte mindestens in den wichtigsten Punkten darüber orientiert sein, wie das ausländische Recht beschaffen ist, wie er vorzugehen hat im Falle von Streitigkeiten und Zahlungsverweigerungen des ausländischen Schuldners. In Italien, mit dem wir von der Schweiz aus lebhafteste Handelsbeziehungen haben, sind die Rechtsverhältnisse in mancher Hinsicht nicht gleich wie hier; Recht und Prozeß sind eben eine Frucht der besonderen nationalen Verhältnisse einer andern Denkart und Auffassung. Das italienische Prozeßverfahren ist an sich ideal, es gewährleistet beiden Parteien in jedem Moment des Prozesses kontrastierende Verhandlungen, verlängert aber damit auch den Prozeß. Bei uns gibt es in der Regel nur eine Verhandlung, daran schließt sich die Beweisbehandlung — wenn Beweise nötig sind — und darauf fällt das Gericht das Urteil. Anders in Italien, wo die Parteien mehrere Verhandlungen veranlassen können, bis nach ihrer Meinung die Sache spruchreif ist. Wenn eine Partei z. B. gegen Zeugen, Parteibefragung, Experten, Augenschein, opponiert, muß erst ein eigenes Urteil über diese Fragen erfolgen, bevor weitergegangen werden kann. Gegen diese Nebenfragen kann dann wieder an das Appellationsgericht Berufung eingelegt werden und gegen die Entscheidung dieser Instanz weiterhin Kassation beim Kassationsgericht. Erst wenn alle diese Instanzen gesprochen haben, kann die erste Instanz den Prozeß zu Ende führen. Für uns, die wir an die hemmungslose und rasche Abwicklung der Prozesse in erster Instanz gewöhnt sind, ist die italienische Art schwer verständlich, aber es ist nun einmal so und damit müssen wir uns abfinden. Weite Kreise in Italien halten den derzeitigen Prozeß selbst für veraltet und verlangen eine Reform. Die faschistische Regierung hat diese Frage mit der ihr eigenen Energie geprüft und die Reform des Zivilprozesses zu einem Programmpunkt gemacht. Es wird immerhin noch einige Jahre gehen, bis die Reform durchgeführt und der neue Prozeß zur Anwendung kommen wird.

Die Eigenart des heutigen Prozeßverfahrens in Italien hat leider zur Folge, daß auch die Kosten des Verfahrens nicht vorausgesetzt werden können. Geht der Prozeß glatt konstatant, so sind die Kosten ungefähr gleich wie hier, eher noch etwas weniger hoch. Kompliziert sich aber der Prozeß durch das Verhalten des Gegners, so können die Kosten beträchtliche werden, der Anwalt will natürlich für seine Bemühungen gedeckt sein. Andererseits erhält die obliegende Partei nicht alle Kosten ersetzt, in der Lombardie z. B. und einigen andern Provinzen muß die unterliegende Partei nur einen Bruchteil der Prozeßkosten bezahlen. In anderen Provinzen dagegen erhält der obliegende Teil vollen Ersatz der Kosten, speziell in den neu zu Italien gekommenen Gebieten.

Alle Eingaben im Verfahren müssen auf Stempelpapier geschrieben werden. Ausländische Akten müssen in der Regel beglaubigt und vom italienischen Konsulat visiert sein, was erhöhte Kosten verursacht. Viele Gerichte sehen aber davon ab, besonders die Stadtgerichte. Ein verbindlicher Anwaltsstarif existiert nicht, die hauptsächlichsten Anwaltskammern haben lediglich ein Schema aufgestellt, dessen Ansätze als übliche Tarife angesehen werden können, so die Anwaltskammern von Rom und Mailand. Wenn ein Klient die Anwaltsrechnung als überhöht betrachtet, kann er sich an die Anwaltskammer wenden und letzten Endes an das ordentliche Gericht. Dem Anwalt einen Prozentanteil am Ergebnis des Streitobjektes einzuräumen, ist verpönt, genau wie hier. Nach dieser Vorgabe kann man einem italienischen Anwalt nicht zumuten, zum vornehmerei eine Berechnung der Anwaltskosten aufzustellen, die Kosten hängen ganz davon ab, ob der Gegner den Prozeß kompliziert oder nicht. Letzten Endes ist es wie hier, eine Vertrauensfrage, welchen Anwalt man beiziehen soll.

Dies ist zu sagen vom ordentlichen Prozeß. Wenn der Gläubiger Klage in der Hand hat, ist das Verfahren in Italien tabellarisch und rasch. Es folgt dann das sog. Exekutionsverfahren, in welchem die unterliegende Partei der obliegenden sämtliche Kosten zu vergüten hat. Der Schuldner kann die Exekution nur selten hemmen und nur gegen Leistung einer Garantiesumme. In diesem Verfahren kann der Gläubiger auch kleinere Summen ohne Risiko eintreiben, während im ordentlichen Verfahren es sich kaum lohnt, geringere Beträge einzuklagen, wegen der ungenügenden Kostenverteilung. Die Gläubiger im Ausland tun also gut daran, in der Regel nur gegen Klage zu liefern, sie ersparen sich dadurch Zeit und Kosten.

Im reinen Schuldbetreibungs- und Konkursverfahren ist noch folgende von unseren Verhältnissen abweichende Tatsache zu registrieren: Der Gläubiger muß einen Repräsentanten in Italien haben, an den die Zustellungen erfolgen können. Wird dem dortigen Schuldner Stellung erteilt oder ein Nachlaßvertrag bewilligt, so ist es Sache des Gläubigers, zu achten, daß die Termine eingehalten und die Quoten bezahlt werden. In relativ kurzer Zeit ist sonst die Eintreibung verwirkt. Gegen renitente Schuldner ist der ordentliche Richter anzurufen.

Der Lörracher Heimatkurs

Am dritten Tag des Lörracher Heimatkurses sprach Stadtoberbaudirektor Dr. Schütte, Freiburg, über die Baudenkmäler im Oberrheingebiet. Unterstützt durch eine Reihe schöner Lichtbilder zeigte der Redner, welche Überfülle köstlichster Kleinodien wir gerade hier in Baden besitzen. Auch auf dem Gebiet der Stadtplanung gibt es in Baden charakteristische Schöpfungen. Der Redner erinnerte an die großen Baumeister, die im Alemannenland wurzelten, und führte aus, daß gegen Ende der barocken Ära der französische Einfluß sich geltend machte. Besonders klugvolle Namen badischer Baukünstler seien: Hildebrand, Neumann, von Grünstein, Welsch, Wenzinger, Stahl und Krey.

Wimpfen verlangt das Selbstbestimmungsrecht. Vom Wimpfener Rathaus wird der „Redarzeitung“ geschrieben: Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 13. Januar bereits zu der Frage des Gebietsaustausches Stellung genommen und damals erklärt, daß Wimpfen von sich aus keine Veranlassung habe, aus dem heftigen Staatsverband auszutreten, daß aber, wenn die Frage der Aufhebung der Enklaven praktisch werde, der Gemeinderat verlange, daß Wimpfen das Recht der Selbstbestimmung eingeräumt werden müsse. Der Gemeinderat richtet an die heftige Staatsregierung die Bitte, dafür zu sorgen, daß die staatliche und körperliche sowie anderweitige Fürsorge, die die Stadt jeither genossen hat, oder ihr in Aussicht gestellt wurde, nicht einem Stillstand oder Zurückstellung erfährt durch die eingeleiteten Verhandlungen in der Zukunft an ein anderes Land. Wimpfen ist keine arme Gemeinde und keine Zufugs Gemeinde. Die Steuerlasten haben sich in den letzten Jahren wesentlich vermehrt, so daß keine Veranlassung besteht, Wimpfen aus Hessen abzugeben, ohne daß die Belange der Stadt Wimpfen restlos berücksichtigt werden.

Badischer Teil

Das Ergebnis des Universitätswettbewerbs in Heidelberg

Von den eingegangenen Entwürfen für den Neubau des Hörsaalgebäudes der Universität Heidelberg sind, wie mitgeteilt wird, am Samstagmorgen vom Preisgericht folgende Entwürfe ausgezeichnet worden: 1. Preis Professor Gruber, Danzig; 2. Preis Professor Freese, Karlsruhe; 3. Preis Architekt Kuhn, Heidelberg. Lobend erwähnt wurde der Entwurf des Professors Schmittner, Stuttgart, außerdem waren in engstem Wettbewerb gekommen die Entwürfe von Professor Länger, Karlsruhe, und Professor Küster, Berlin.

Der zweite Preisträger, Hans Freese, lehrt seit 1926 in Karlsruhe an der Technischen Hochschule. Von seinen Wettbewerbserfolgen der letzten Zeit sind zu erwähnen: 1. Preis Rathaus Düsseldorf, 1. Preis Rathaus Bochum, 1. Preis Krankenhaus des Caritasverbandes in Köln, 1. Preis Deutsches Museum in München. Eine Reihe großer Bauten sind von Freese gebaut, neuerdings das Kaiser-Wilhelm-Institut in Heidelberg bei der Ernst-Walz-Brücke.

Der dritte Preisträger, Franz Kuhn, ist ein Heidelberger Architekt. Bei verschiedenen Wettbewerben war Kuhn mit Preisen ausgezeichnet worden, so für das Rathaus in Dresden, das Justizgebäude in Mainz, die UG. in Berlin, das Polizeigebäude in München. Auch für das geplant gewesene Großherzogsdemolier in Karlsruhe hatte er seinerzeit einen 1. Preis erhalten.

Beihilfe zu Fürsorgemaßnahmen für blinde Kinder

Trotzdem die Fürsorge für hilfbedürftige Minderjährige Pflichtaufgabe der Fürsorgeverbände ist, hat sich die Landesversicherungsanstalt Baden entschlossen, den Kreis ihrer freiwilligen Leistungen auf dem Gebiete der Kinderfürsorge zu erweitern und neben der Fürsorge für Krüppel- und taubstumme Kinder auch eine solche für blinde Kinder mit sofortiger Wirkung aufzunehmen. Berücksichtigt werden blinde Kinder von Vertriebenen, die in der badischen Blindenanstalt Niesheim zur Berufsausbildung Aufnahme finden, ferner solche Kinder, die sich zur Aufnahme in die badische Blindenanstalt Niesheim im Alter von 6. bis 8. Lebensjahr eignen. Gegebenenfalls werden auch Beiträge zu Heilmahnahmen für blinde Kinder gewährt.

Die Berufsausbildung muß erfolgen in einer der Lehrwerkstätten der badischen Blindenanstalt Niesheim; Ausnahmen hiervon können unter bestimmten Voraussetzungen zugelassen werden. Bedingung ist, daß das Lehrverhältnis nicht erst nach Beendigung des 17. Lebensjahres begonnen hat. Die Höhe des Beitrags der Landesversicherungsanstalt Baden richtet sich nach den Verhältnissen des einzelnen Falles und wird die Hälfte des täglichen Verpflegungsaufwandes nicht überschreiten.

Zu der bereits begonnenen Berufsausbildung kommt eine Beitragsleistung nur dann in Frage, wenn das Lehrverhältnis frühestens Ostern 1927 begonnen hat und ein diesbezüglicher Antrag bis spätestens 31. März 1929 gestellt wird. Anträge auf Kostenbeteiligung sind zunächst dem Geschäftsführer des Badischen Blindenvereins, Herrn Landesblindenspielführer Banoli in Freiburg i. Br., Karlsruh. 87, vorzulegen, welcher sie unter Anschließung der erforderlichen Unterlagen der Landesversicherungsanstalt Baden zur weiteren Entscheidung zuleitet. Antragsformulare sind bei dem Herrn Landesblindenspielführer unentgeltlich zu erhalten.

Die Freiburger Bahnhofumbauten

Seit mehr als einem Jahre sind in Freiburg die Arbeiten zum Umbau des Personenbahnhofes und der damit verbundenen Verlegung der Hölentalbahn und des Bahnhofs Wehre in Angriff genommen. An drei Stellen sind die Arbeiten schon außerordentlich weit vorgeschritten, einmal ist der neue Lokomotiv- und Abstellbahnhof an der Unterführung der Landstraße Freiburg-Basel zum Teil fertig, zum anderen sind die Arbeiten im Vorettunnel im vollen Gange. Der Abstellbahnhof wird im Westen begrenzt von der neuen Hölentalstraße, im Osten wird er durch die Rheintalbahn abgegrenzt. Im Südbau des Abstellbahnhofes erhebt sich der große Lokomotivschuppen, der durch ein Werkstätten- und Verwaltungsgebäude ergänzt wird. Der Lokomotivschuppen ist im Rohbau fertiggestellt, das Verwaltungsgebäude wird bei günstiger Witterung noch dieses Jahr unter Dach gebracht.

Neben diesen Gebäuden ist es notwendig, daß das Gelände, wie überhaupt das ganze Bahnhofsanlage um etwa drei Meter aufgeschüttet wird. Die Aufschüttung erfolgt fortlaufend mit der Fertigstellung der Bauten. Der Lokomotivschuppen soll 22 Maschinen beherbergen. Zwei große Schornsteine von 40 und einer von 30 Meter Höhe dienen zum Abzug der Rauchgase. Die Gleisanlagen für Lokomotiv- und Abstellbahnhof sind ebenfalls schon in Angriff genommen. Südlich der Dreifarbbrücke wird eine neue Dreifarbbrücke gebaut. Über die Dreifarbbrücke wird eine neue Brücke gebaut werden, die die Hölentalbahn aufnimmt. Diese Bahn wird in einem nach Osten offenen Bogen über die Kaiser Landstraße auf der jetzt schon bestehenden Brücke über die Reichsbahnstraße Freiburg-Basel hin zum Vorettunnel geführt. Sie wird vom Hauptbahnhof und durch beide Tunnel (Voretto- und Sternwaldtunnel) zweigleisig bis zum Bahnhof Wehre durchgeführt. Der Voretto-tunnel, künftig der längste Tunnel der Hölentalbahn, erhält eine Länge von 500 Meter. Bei dem jetzt begonnenen Bau dieses Tunnels ist der Richtstollen etwa 214 Meter weit vorgetrieben. Der Bau soll bis zum Späthjahr 1929 beendet sein. Dann muß die Durchquerung des Günterstales vorgenommen werden, wo die Trasse 10 Meter tiefer als die Oberfläche zum Sternwald geführt werden soll. Ein kleiner Tunnel durch den Sternwald führt direkt zum neuen Bahnhof Wehre; in der Nähe des Waldes schließt dann die Trasse an die jetzige Hölentalbahn an.

Sobald die Bahnbauten auf dem Abstellbahnhof beendet sind, und dieser in Betrieb genommen werden kann, wird auch der Umbau des Hauptbahnhofes in Angriff genommen. Einsteigen ist man dabei, den südlichen Bahnsteigtunnel nach Westen zu verlängern. Dort soll ein Bahnsteig III geschaffen werden. Nach dem Umbau des Hauptbahnhofes wird dieser südliche Tunnel als nördlicher Tunnel für den Gepäckverkehr Verwendung finden. Daraus ergibt sich, daß man einfach sämtliche Bahnsteige nach Süden, etwa bis zur Stühlinger Brücke verlegt.

Tagungen

In Leopoldshöhe fand eine aus dem badischen Oberland gut besuchte Vertrauensmannerversammlung der Wirtschaftspartei statt. Als Spitzenkandidat für den Kreis Lörrach wurde Diplomingenieur Günther Neuman, Lörrach, aufgestellt, während auf der Liste des Kreises Waldshut Professor Sailer, Waldshut, führt. Der Wahlkampf soll Schuster an Schuster mit der Badischen Bauernpartei geführt werden.

Wahlbeeinflussung bei landeskirchlichen Pfarrwahlen

Wie der Evangelische Oberkirchenrat bekannt gibt, hat die Kirchenregierung in mehreren Fällen Pfarrwahlen für nichtig erklärt, weil die Bewerber durch Abgabe von Erklärungen oder durch Briefe an Mitglieder des Wahlkörpers umlaufenden Gerüchten entgegengetreten wollten und dabei Äußerungen getan haben, die als Verben um Stimmen im Sinne der Kirchenverfassung angesehen werden mußten. Die Kirchenregierung wird auch künftighin in der Anordnung dieser Verfassungsbestimmungen strengstens verfahren und hat an die Geistlichen der Landeskirche das dringende Ersuchen gerichtet, wenn sie als Bewerber um eine Pfarrstelle für die Wahl in Frage kommen, jede Äußerung, die als eine Wahlbeeinflussung angesehen werden kann, zu unterlassen.

Aus den Parteien

Der Ortsausschuß der Zentrumsparlei Karlsruhe hielt im Sitzungssaal der Zentrumsfraktion des Landtages eine stark besuchte Sitzung ab, der auch der Parteichef, Prälat Dr. Schöfer, beizuhönte. Auf der Tagesordnung stand die Kandidatenaufstellung für die kommenden Landtagswahlen. Einmütig wurde an erster Stelle Präsident Dr. Baumgartner und an zweiter Stelle Frau Clara Siebert nominiert. Dann folgen Stadtverordneter Schreinermeister Götze an dritter und Stadtverordneter Zimmermeister Wessling an vierter Stelle. Die Berufung einer fünften Stelle bleibt vorbehalten.

Am Samstag und Sonntag hielten die badischen Jungdemokraten in Baden-Baden ihren Landesverbandstag ab, der sehr gut besucht war. Es wurden politische Tagesfragen besprochen, insbesondere stand im Mittelpunkt der Erörterungen die kommende Landtagswahl. — In der Konferenz der demokratischen Gemeindepolitiker hielt Stadtrat Hofheinz ein instruktives Referat über Wege und Ziele der demokratischen Kommunalpolitik. Die Versammlung beschloß einstimmig die Gründung einer Landesorganisation der Kommunalpolitiker innerhalb der Landespartei. Der Tagung wohnten u. a. Unterrichtsminister Dr. Leets und die Abg. Dr. Glodner, Hofheinz, Straub und Dr. Wolfhard bei.

In einer Versammlung des Bezirksverbandes Oberkirch-Offenburg der Deutschen Volkspartei in Offenburg wurde Prof. Dr. Reiser, Offenburg, zum Spitzenkandidaten des Bezirksverbandes gewählt. — Der Bezirksverband Sinsheim-Wiesloch stellte als Spitzenkandidaten den Landwirt und Wagnermeister Brigner, R. d. L., Brühl, auf. An zweiter Stelle wurde Dr. Götter, Syndikus des Badischen Gasfächerverbandes nominiert.

Unter Führung des Badischen Landbundes e. V., Karlsruhe, haben sich am Samstag in Offenburg die christlich-nationale Bauern- und Landvolkspartei in Baden und die Deutsche Bauernpartei in Baden unter dem Namen „Badische Bauernpartei“ zusammengeschlossen.

Gemeinderundschau

Bevölkerungsbewegung in Karlsruhe. Im dritten Vierteljahr 1928 wurden 833 Ehen geschlossen, d. h. fast ebensoviel wie im dritten Vierteljahr 1927. Die wichtigsten Geschäftsjahre erfolgten im Juli (102), die meisten im Monat September (121). Lebend geboren wurden in der Berichtszeit 715 Kinder, davon 343 Knaben und 372 Mädchen; ehehich waren 582 und unehelich 133. In der Berichtszeit starben 403 Personen, d. h. 27 bzw. 30 mehr als in den dritten Vierteljahren 1927 und 1926, aber 17 bzw. 43 weniger als in der Parallelzeit der Jahre 1926 und 1913. Das Sinken der Sterblichkeit gegenüber 1913 ist vor allem den Säuglingen zugute gekommen. Von den wichtigsten Todesursachen kamen vor: Keuchhusten viermal und Diphtherie einmal. Erkrankt waren in der Berichtszeit an Diphtherie 6 Personen, darunter 1 Kind; an Scharlach waren erkrankt 65 Personen, darunter 54 Kinder, von denen niemand starb. An Typhus starb 1 Person, an Kindbettfieber 2. Der Tuberkulose fielen zum Opfer 32 Personen, und zwar 24 der Lungentuberkulose (1913: 58 bzw. 47 Personen). An Lungenerkrankung starben 15 Personen (1913: 28), an Krebs 47 (1913: 42) und an anderen bösartigen Neubildungen 2. Gehirnschlag war Todesursache in 29 Fällen (1926: 20) und Herzkrankheiten in 51 Fällen. Durch Selbstmord endeten 9 Personen, darunter 1 Frau. Verunglückung führte in 12 Fällen zum Tode (1927: 13; 1926: 11). Auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet wurden im dritten Vierteljahr 1928 8,78 Ehen geschlossen. Von je 100 Lebendgeborenen starben im Alter bis zu 1 Jahr 8,89 Kinder (im dritten Vierteljahr 1927: 9,23; 1913: 15,6). Die Gesamtfruchtbarkeit auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet war 10,82 (in den dritten Vierteljahren 1927: 10,0; 1913: 12,7). Das Ergebnis der natürlichen Bevölkerungsbewegung ist ein Geburtenüberschuß von 8,22 auf 1000 Einwohner (im dritten Vierteljahr 1927: 8,24; 1913: 7,6).

Einführung einer Ruhelohnordnung in Weinheim. Der Stadtrat Weinheim beschloß vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses die Einführung einer Ruhelohnordnung für die im städtischen Dienste stehenden Arbeiter. Die Ruhelohnordnung für die Gemeinbediensteten in Weinheim soll nach Erteilung der staatlichen Genehmigung mit dem 1. Januar 1929 in Kraft treten. Der Eintritt in den Ruhestand erfolgt, wenn nicht schon vorher Dienstunfähigkeit durch Krankheit eintritt, mit dem 65. Lebensjahre. Mit der Ruhelohnordnung ist eine Hinterbliebenenversorgung der Gemeinbediensteten verbunden.

Der Bürgerausschuß Schönau i. B. bewilligte einen Kredit von 10000 M zur Sicherstellung der Wasserwerkung Schönau. Die Ortlich- und Vorgelebrunnenquellen liefern ein in Qualität und Quantität befriedigendes Wasser, so daß hier Fassungsarbeiten durchgeführt werden sollen. Zur Abdeckung der Kosten für den Wasserleitungsabweg und den Blöslingweg wurde ein Darlehen von 20000 M aufgenommen. Es wurde weiterhin die Umwandlung der Spartasse in eine Bezirkspartasse beschlossen. Die Spartasse wurde 1854 gegründet und hat heute Sparguthaben von nahezu einer Million. Bisher haben neun Gemeinden der Umgebung ihren Beitritt zur Bezirkspartasse zugesagt. Weiter wurde davon Kenntnis genommen, daß eine elässische Maschinenfabrik für Textilmaschinen in Mülhausen beabsichtigt, eine Fabrikfiliale in Schönau zu errichten.

Für Verkehrsverbesserung Stuttgart-Freiburg. Die am Samstag in Stuttgart abgehaltene außerordentliche Mitgliederversammlung des Verkehrsverbandes Württemberg-Hohenzollern, die auch aus Baden besucht war, nahm folgende Entscheidung an: „Die von allen beteiligten Kreisen zwischen Stuttgart und Freiburg längst gewünschte unmittelbare Schnellzugs- oder Sitzzugsverbindung Stuttgart-Freiburg oder Hottweil-Schwenningen-Willingen-Donauwörth-Höllental bedarf dringend der Verwirklichung. Die in den bisherigen Eingaben dargelegten Begründungen sind durch die Entwidlung der letzten Zeit verstärkt worden. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft wird dringend ersucht, im Sommerfahrplan 1929 diese Zugverbindung in guter Form einzustellen.“

Bürgermeisterwahlen. In Legehurst wurde der bisherige Bürgermeister Jakob Baas VII wiedergewählt. — In Schluchsee wurde gestern der Stadthalter Andreas Mahler mit 164 Stimmen gewählt. Seine Gegenkandidaten, Schreinermeister Paul Albiez, und Franz Hilz, erhielten 67 bzw. 37 Stimmen.

Ausbau der Autohöhenstraße zur Hornisgrünbe. Der Stadtrat Baden-Baden nahm Kenntnis von dem Ergebnis der mit dem Finanzministerium geführten Verhandlungen über den Ausbau der Autohöhenstraße nach der Hornisgrünbe. Von dem Finanzministerium wurde hierbei anerkannt, daß es sich bei dem Projekt um wichtige öffentliche Interessen handelt, die auch vom Staat zu fördern sind. Das zur Herstellung einer durchgehenden Straßenverbindung Baden-Baden-Hornisgrünbe noch fehlende Stück Bundes-Untermatt soll in erster Linie in Angriff genommen werden.

Umbau des Badhotels in Überlingen. Der Bürgerausschuß Überlingen hat sich mit dem vom Gemeinderat beschlossenen Umbau des Badhotels mit einem Kostenanschlag von 115 000 M zu befassen. Von der Verzinsung übernimmt der Bächter neben der Pachtsumme von 6000 M jährlich 100 000 Reichsmark. Die Stadt hätte somit nur 15 000 M zu verzinsen und die Amortisation mit 1 Proz. jährlich zu übernehmen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Spd. Weinheim, 11. Nov. Zu den Seltenheiten dürfte es gehören, daß eine ganze Fabrik auf Abbruch verkauft wird. Dies ist der Fall bei dem alten Fabrikbau der Lederwerke Freudenberg, in der Freudenbergstraße, das im Zentrum der Stadt gelegen, architektonisch eine Perle der Stadt war und nun schon seit 15 Jahren „arbeitslos“ ist. Inzwischen hat sich die mächtig aufstrebende hiesige Lederindustrie vor den Toren der Stadt niedergelassen. Um in dem bevorzugten Bauviertel Weinheims neue Baupläze zu schaffen, haben die Lederwerke Freudenberg den stark vernachlässigten Fabrikbau einer Baufirma zum Abbruch übergeben.

Dr. Forzheim, 12. Nov. Im nahezu vollendeten 90. Lebensjahre ist hier eine stadtbekannt und beliebte Persönlichkeit, Robert Gerwig, gestorben. Seines Zeichens Graveur und befähigter Zeichner, hat sich Gerwig als Forscher und Schriftsteller um die Forzheimer Ortsgeschichte unschätzbare Verdienste erworben.

Uld. Muggenturm (bei Malsch), 12. Nov. Um 2.55 Uhr ging ein französisches Flugzeug aus der Richtung Karlsruhe kommend, auf dem Weberschen Versuchsplatz hier infolge Motordefekts nieder. Das Flugzeug erlitt bei der Notlandung leichte Beschädigungen an den Tragflächen und am Propeller. Der Pilot kam nicht zu Schaden.

Uld. Dinglingen, 12. Nov. Altbürgermeister Georg Vogel ist im Alter von 80 Jahren gestorben.

Uld. Freiburg, 12. Nov. Im Alter von 59 Jahren starb in Schutterfeld Kriminaloberinspektor a. D., W. Stöcklin, an den Folgen eines schweren Herzleidens. Der Verstorbene schied vor einem Jahre wegen seiner Krankheit aus dem Dienst aus und lebte seitdem in der Heimat seiner Frau. Er war jahrelang Leiter der Kriminalpolizei Karlsruhe und Lehrer an der Karlsruher Polizeischule.

Uld. Malsburg (bei Müllheim), 13. Nov. In der Nacht vom Montag auf Dienstag stand auf dem Dach plötzlich das Kamingebäude des Landwirts Ernst Fregger in hellen Flammen. Zwei Schirme, ein Kalb und ein Schaf verbrannten, während das übrige Vieh noch herausgetrieben werden konnte. Das Feuer breitete sich auch auf das zweistöckige Wohnhaus des Landwirts aus, das bis auf den ersten Stock niederbrannte. Der Gebäude- und Sachschaden ist sehr groß. Als Brandursache wird Kurzschluss vermutet.

Dr. Todtnoos, 12. Nov. Im benachbarten Schwarzenbach plant die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, einen großen Sanatoriumsneubau zu errichten.

Dr. Schöna i. W., 12. Nov. Das Belchensgasthaus wird in diesem Jahre während des ganzen Winters geöffnet sein.

Dr. Bräunlingen (A. Donauersingen), 13. Nov. Gestern nachmittag wurde von zwei Jägern der 53jährige Walzarbeiter Rudolf Wette aus Bräunlingen, der seit Jahren die Hütte bei der Kohlenweihe bewohnt, in seiner Hütte tot aufgefunden. Die Umstände lassen auf einen Mord schließen; in der Hütte herrschte große Unordnung und Wette lag in einer Blutlache am Boden. Die Mordkommission von Donauersingen hat sich heute früh an die Mordstelle begeben, um nähere Feststellungen zu machen.

Uld. Zell-Weierbach, 13. Nov. Dieser Tage ist der Hälstönig des Gemeinwaldes Zell-Weierbach unter der Art des Solahauers gefallen, um einer jüngeren Generation Platz zu machen. Dieser Waldriese, eine Tanne im Alter von 130 bis 140 Jahren, erreichte ein Maßgehalt von 120 Festmetern, und eine Höhe von 39 Metern.

Öffentliche Zahlungserinnerung.

Es sind zu entrichten:
auf 15. November 1928 die Einkommensteuervorauszahlungen für 1928/29 durch die Landwirte entsprechend dem letzten Einkommensteuerbescheid in Höhe der Hälfte der zuletzt festgestellten Steuerpflicht nebst 10 % Zuschlag zur Landeskirchensteuer;
auf 15. November die Vermögenssteuervorauszahlungen für 1928 mit einem Viertel des im letzten Steuerbescheid angegebenen Betrages. Landwirte haben zwei Viertel zu zahlen. — Keine Schonfrist.
 An die Zahlung dieser Abgaben wird hiermit erinnert.
 Nicht rechtzeitig bezahlte Abgaben werden im Vollstreckungsverfahren eingezogen oder beigetrieben.
 Man zahle bargeldlos unter vollständiger Angabe der Steuernummer.
 Karlsruhe, den 10. November 1928.
Die Finanzämter Karlsruhe-Stadt, Karlsruhe-Land, Durlach und Ettlingen.

Die Reichsbahn errichtet ab 15. November 1928 Expressgutannahmestellen beim Bahnhof Karlsruhe West, Kehlerstraße, und bei der Güterabfertigung Karlsruhe, Kriegsstraße 3. Annahmestellen beim Bahnhof Karlsruhe West: Werktags von 8-12 und von 14-18³⁰ Uhr, bei der Güterabfertigung Karlsruhe: Werktags von 8-12 und von 14-19 Uhr. O.34 Reichsbahn-Betriebsamt.

Nadelnholz-Submission. Bad. Forstamt Kirzgerren bei Freiburg im Breisgau (Kernsprecher 40) verkauft im Submissionsweg aus den Staatswaldstrichen Zastlerwald, St. Wilhelmswald und Schmelzplatz etwa 3 400 fm Nadelrundholz. Angebote verschließen und mit der Aufschrift „Nadelrundholz-Submission“ versehen, wollen bis Donnerstag, 22. November 1928, vorm. 11 Uhr, in ganzen Prozenten der A. G. F. 1927 beim Forstamt eingereicht werden, wofür die Eröffnung der Submission stattfindet.

Losverzeichnis und nähere Auskunft durch das Forstamt.

Uld. Malsburg, 11. Nov. Veterinärarzt Wilhelm Müller konnte dieser Tage auf 25 Jahre zurückblicken, in denen er als Tierzuchtinspektor beim Verband der oberbadischen Fleckviehzüchtervereine tätig war. Seine hervorragenden Verdienste auf diesem Gebiete wurden durch die Verleihung des Dr. med. vet. h. c. der Veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Gießen anerkannt. Am Samstag fand nun im Bürgerausschußsaal eine kleine Feier statt, veranstaltet vom Verein badischer Staatstierärzte und dem Ausschuß des Verbandes der oberbadischen Fleckviehzüchtervereine. Vom Ministerium des Innern nahmen teil: Ministerialdirektor Dr. Föhrenbach und Oberregierungsrat Dr. Fehsenmeier, ferner der Präsident der Genossenschaft, Landeskommissär Geh. Rat Dr. Garimann.

W. B. Basel, 12. Nov. Am Samstagabend hielten die italienischen Kriegsteilnehmer hier im Kaffee Epit ihre Jahresfeier ab. Gegen 11¹⁵ Uhr erschien ein Zug von Arbeitern vor dem Versammlungslokal, wobei sie Lieder sangen und antifaschistische Kundgebungen veranstalteten. Es sammelte sich eine große Menschenmenge an, und das Lärmen und Singen dauerte bis gegen 4 Uhr morgens an. Ein größeres Aufgebot von Polizeibeamten schritt ein und nahm circa 40 Personen fest. Zu Befähigungen der Versammlungsteilnehmer ist es nicht gekommen.

Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen

	13. Nov.		12. Nov.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.39	168.73	168.39	168.73
Kopenhagen 100 Kr.	111.80	112.02	111.83	112.05
Italien . . . 100 L.	21.975	22.015	21.975	22.015
London . . . 1 Pf.	20.339	20.379	20.338	20.378
New York . . . 1 D.	4.1955	4.2035	4.1960	4.2040
Paris . . . 100 Fr.	16.38	16.42	16.385	16.425
Schweiz . . . 100 Fr.	80.735	80.895	80.74	80.90
Wien 100 Schilling	58.94	59.06	58.955	59.075
Prag . . . 100 Kr.	12.434	12.454	12.434	12.454

Eisenwerke Gaggenau N. G. In der ordentlichen Generalversammlung wurde von der Verwaltung erklärt: Durch das völlige Stoden des Fahrradgeschäfts in den Saisonmonaten April bis Juni d. J., sowie durch die langsame Zahlungseingänge eines großen Teils unserer Kundschaft ist unser Status sehr angepannt. Wir haben daher seit längerer Zeit versucht, zur Wiedererhöhung des Aktienkapitals nach erfolgter Zusammenlegung ein Garantiefontium zustande zu bringen. Das ist nicht gelungen. Infolgedessen haben wir uns entschlossen, in einer alsbald einuberufenenden außerordentlichen Generalversammlung zur Durchführung der Sanierung an die Aktionäre direkt heranzutreten. Endgültig stehen die Vorschläge noch nicht fest, jedoch ist an eine Zusammenlegung des Aktienkapitals im Verhältnis 8:1 und Wiedererhöhung auf bis zu 3 1/2 Millionen gedacht. Da bis zur beschlossenen Sanierung neue Bankkredite nicht zur Verfügung stehen, werden wir uns, um ruhig weiterarbeiten und unsere umfangreichen Aufträge erledigen zu können, mit dem heutigen Tage mit unseren Gläubigern zur Einleitung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens in Verbindung setzen. Ein Antrag auf Einsetzung einer Revisionskommission wurde mit 13 446 Stimmen gegen 9 Aktionäre mit 213 Stimmen abgelehnt. Nach einem Vermittlungsvorschlag beschließt die Generalversammlung, eine Revisionskommission von drei Personen einzusetzen, die aber erst und nur dann in Funktion tritt, wenn das Vergleichsverfahren zu einer Einigung mit den Gläubigern geführt hat. In den Aufsichtsrat wurden gewählt bzw. wiedergewählt die Herren Richard Schreiß, Dr. Erich Schreiß, Bankier E. Fuld, und Bankier R. Fuld, Forzheim, und Direktor Steinil.

Der Verkehr im Straßburger Rheinhafen. Die Verkehrsstatistik des Straßburger Rheinhafens weist für den Monat Oktober eine beträchtliche Steigerung gegenüber dem Vormonat auf, obwohl der niedere Wasserstand bis gegen Monatsende unverändert blieb. Die Zufuhren beliefen sich auf 274 000 die Ausfuhr auf 243 000 Tonnen, der Gesamtverkehr auf 517 000 Tonnen. Der Gesamtverkehr der zehn Monate des laufenden Jahres beträgt 2 291 000 Tonnen Zufuhr und 2 289 000 Tonnen Ausfuhr. Der Verkehr in beiden Richtungen hält sich also ganz genau die Waage. Im Verkehr mit Deutschland ist, wie im vorigen Monat, ein Ausfuhrüberschuß zu verzeichnen; er beträgt 12 200 Tonnen.

Öffentliche Sparkasse Müllheim (Baden).

Bilanz per 31. Dezember 1927.

Vermögen.		Schulden.	
	RM		RM
1. Kassenvortrag auf 31. Dezember 1927	6 863,44	1. Spareinlagen	1 590 162,89
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postsparkassen	68 659,63	2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	172 126,41
3. Wertpapiere	9 916,31	3. Anleihenkapitalien	157 189,72
4. Wechsel	132 440,62	4. Ausgaberrückstände	25 953,68
5. Darlehen gegen Hypothek	555 785,68	5. Rücklagen:	
6. Grundstückskaufgelder	59 418,03	gefehl. Reservefonds	140 983,12
7. Darlehen in laufender Rechnung	1 086 608,24	Sonderrücklage	7 415,23
8. Schuldscheindarlehen	147 303,94	Reingewinn	22 126,68
9. Darlehen an Gemeinden	16 200,—		
10. Einnahmerückstände	32 755,84		
11. Grundstücke u. Gebäude	1,—		
12. Gerätschaften	1,—		
	2 115 953,73		2 115 953,73

Berechnung der Rücklagen.
 Der gefehlte Reservefonds hat zu betragen:
 8 % aus 1 762 289 RM Einlagen 140 983,12 RM
 Sie beträgt am Schlusse des Jahres 1927 170 525,03 „
 Somit mehr 29 541,91 RM

Müllheim i. B., den 26. Juni 1928.
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Hermann Kurz jen.
Der Geschäftsführer: Schürmer.

O.28. Karlsruhe. Das Vergleichsverfahren über die Vermögensbeschränkung über das Vermögen des Reichsbankdirektors Erich Rudolf, Malsburg, sind nach erfolgter Festlegung in Karlsruhe, Karlsruhe, den 26. Juni 1928 aufgehoben worden. Karlsruhe, 7. Nov. 1928. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die ärztlichen Ehrengerichte
 Als rechtskundige Mitglieder (und Stellvertreter) der ärztlichen Ehrengerichte werden gemäß § 24 des Gesetzes vom 10. Oktober 1906 über die Rechtsverhältnisse des Sanitätspersonals (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 491) für die Jahre 1928 bis 1931 ernannt:

- für das ärztliche Ehrengericht Konstanz: Regierungsrat Ferdinand Steiger beim Bezirksamt Konstanz, Stellvertreter Regierungsrat Dr. Fritz Kauffmann daselbst;
 - für das ärztliche Ehrengericht Freiburg: Polizeidirektor Paul Baer in Freiburg, Stellvertreter Regierungsrat Hellmut Müller, daselbst;
 - für das ärztliche Ehrengericht Karlsruhe: Regierungsrat Friedrich Bauer beim Bezirksamt Karlsruhe, Stellvertreter Regierungsrat Bernhard Klump, daselbst;
 - für das ärztliche Ehrengericht Mannheim: Regierungsrat Dr. Wilhelm Compter beim Bezirksamt Mannheim, Stellvertreter Regierungsrat Karl Neumayer, daselbst.
- Karlsruhe, den 9. November 1928.
 Der Minister des Innern
 J. B.: Föhrenbach.

Personeller Teil

Ernennungen, Veretzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
 Ernannt:
 Prakt. Arzt Dr. Max Dengg zum Obermedizinalrat als Medizinalreferent bei der Landesversicherungsanstalt Baden. Befördert:

Polizeioberwachmeister Wilhelm Manthey in Mannheim zum Polizeikommissar, Polizeiaffistent Gottfried Bär in Mannheim zum Polizeisekretär, Polizeiaffistent Franz Seifried beim Bezirksamt — Polizeidirektion — Mannheim zum Polizeisekretär, Polizeihauptwachmeister Martin Thoma beim Bezirksamt — Polizeidirektion — Mannheim zum Polizeioberwachmeister.

Zuruhegesetz auf Ansuchen:
 Erster Medizinalrat als Bezirksarzt Dr. Otto Mayer in Forzheim.

Justizministerium

Ernannt:
 Die Aufseher Ernst Ludwig beim Landesgefängnis Freiburg und Karl Becker beim Erziehungsheim Schloß Flehingen zu Oberaufsehern, Aufseher Eduard Ludwig beim Erziehungsheim Schloß Flehingen zum Oberverwalter.

Verleihen:
 Anstaltsoberpfarrer Richard Guttschick bei den Strafanstalten in Bruchsal an die Strafanstalten in Freiburg, Justizinspektor Jakob Böhm bei der Staatsanwaltschaft Mannheim zum Amtsgericht daselbst, Justizobersekretär Hermann Reichert beim Amtsgericht Mannheim zur Staatsanwaltschaft daselbst, Kanzleisekretär Alfred Klotz beim Amtsgericht Heidelberg zum Amtsgericht Forzheim, Kanzleiaffistent Rudolf Herrmann beim Amtsgericht Bruchsal zum Notariat daselbst, Kanzlistin Vina Behold beim Landgericht Karlsruhe zum Amtsgericht daselbst, Oberwachmeister Heinrich Schöberl beim Amtsgericht Mannheim zum Landgericht daselbst.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Verteilen:
 Dem Privatdozenten an der Universität Freiburg Dr. Hans Schreyer die Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität.

Zuruhegesetz auf Ansuchen:
 Oberlehrer Karl Graf in Lautenbach, Amt Oberkirch, wegen leidendes Gesundheits, Hauptlehrer Friedrich Lamsche in Ettlingen, Amt Karlsruhe, wegen leidendes Gesundheits.

In den Ruhestand versetzt:
 Hauptlehrerin Maria Walz in Ostersheim, Amt Mannheim, auf Ansuchen, bis zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit.



Badisches Landestheater

Wittwoch, 14. November

*A 8

Die heilige Ente

Oper von Gál

Dirigent: Schwarz

Regie: Krauß

Mitwirkende:

Wanzl, Schneider, Worobin, Dausfötter, Löser, Rentwig, Derner, Edlund, Gospatz, Rainbach.

Anfang 19¹⁵, Ende 22¹⁵

Preise C (1-7)

Do., 15. Nov., Schinderhannes

Fr., 16. Nov., Das Weib des Jephthä

Sa., 17. Nov., Hofspolus

So., 18. Nov., nachmittags: Der Schwarzwälder

Abends: Die Africanerin

Im Konzerthaus: Die Frau, die jeder sucht

Mo., 19. Nov., Der Barbier von Bagdad

Di., 20. Nov., Hoffmanns Erzählungen

